

Dienstag 16. Juni 2015

Nummer 675

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

Schengen, dreißig Jahre danach: Bilanz, Wirklichkeit, Herausforderungen

Autor : Philippe Delivet



30 Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens von Schengen zur Schaffung eines Raums des freien Personenverkehrs am 14. Juni 1985, stellt ebendieses Abkommen eine der zentralen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses dar. Die Übereinkunft ist ein gelungenes Beispiel grenzüberschreitender Kooperation, anfangs von nur einer Handvoll von Staaten getragen und fernab der europäischen Verträge, letztlich gar Unterzeichnerstaaten umfassend, die nicht einmal Mitglieder der Europäischen Union sind. Die Stiftung veröffentlicht aus diesem Anlass eine Studie von Philippe Delivet, die eine Bilanz des bislang Erreichten vornimmt und dennoch die künftigen Herausforderungen in den Blick nimmt. Im Kontext der anhaltenden Destabilisierung seiner Nachbarschaft mit nie dagewesenen Herausforderungen konfrontiert, ist eine Stärkung des Schengenraums notwendig, um die Kontrolle über seine Außengrenzen zu sichern und gleichzeitig auf humanitäre Krisen angemessen reagieren zu können.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Leitartikel - Schuman-Report **Finanzkrise** : EZB - Spanien - Griechenland - Portugal **Europäischer Rat** : Investitionen **Kommission** : Amazon - Investitionen - Energie/Baltikum **Parlament** : Gleichberechtigung - Transparenz - Urheberrecht - Ungarn - Russland - TTIP/Bericht **Rat der Europäischen Union** : Justiz - Umwelt - Marken - Digitales - Verkehr **Diplomatie** : Mexiko - Lateinamerika - Karibik **Europäische Agenturen** : Raumfahrt **Frankreich** : Messe/Bourget **Italien** : Migration **Polen** : Rücktritt - Vatikan **Rumänien** : Korruption **Großbritannien** : Volksabstimmung - Privatisierungen **Kanada** : Harper/Besuch **Russland** : Italien **Türkei** : Rücktritt **Ukraine** : IWF **UNO** : Migration **Eurostat** : Wachstum - Handel - Öffentliche Schulden - Lateinamerika - Dienstleistungen **Veröffentlichungen** : Italien/Europa **Kultur** : Kunst/Basel - Festival/Musik - Hampton Court - Ausstellung/Versailles

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Geduld und Tugend



Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Stiftung, veröffentlicht auf seiner Homepage einen Leitartikel zur Notwendigkeit weiterer europäischer Integration und zur Unentschlossenheit nationaler Entscheidungsträger. "Ständig erwartet man wagemutige Vorstöße vonseiten unserer nationalen Entscheidungsträger, um die Legitimationslücke zwischen der Kostbarkeit nationaler Identitäten und der Unumgänglichkeit effektiver supranationaler Politik zu überwinden. Um die Europäische Union aufzuwerten."..

[Fortsetzung](#)

Veröffentlichung der 2015er-Ausgabe des Schuman-Reports zur Lage der Union

Die sechste Ausgabe des Schuman-Reports zur Lage der Union ist kürzlich



erschienen und ermöglicht es ihren Lesern, künftige Herausforderungen für die EU besser zu verstehen, etwa in Bezug auf die Stärkung der Eurozone, Wachstum, Arbeit und Investitionen, die Energieunion, Migration, Tourismus, die europäische Verteidigung, Sicherheitsfragen im Osten und Süden der Union sowie den Zustand der transatlantischen Beziehungen.

Hochrangige Persönlichkeiten wie Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, und anerkannte Experten bereichern den Report mit ihren Analysen. Der Schuman-Report zur Lage der Union ist im Buchhandel, auf der Webseite der Stiftung und als digitale Version erhältlich. Bestellen Sie ihn!.. [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Die EZB trägt zum Aufschwung bei



Im Rahmen eines Interviews mit "La Croix" vom 11. Juni, stellt Benoît Cœuré, Mitglied des Direktoriums der EZB, eine Liste der kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen für Europa auf. Ihm zufolge trägt die EZB ihren Teil zur Wiedererstarkung der ökonomischen Aktivitäten in der Eurozone bei, indem sie das Zinsniveau, den Wechselkurs des Euro und die Finanzierungskosten für kurz- wie langfristige Investitionen niedrig hält. Nichtsdestotrotz müsste der Aufschwung durch politische Maßnahmen zur Schaffung eines günstigen Gesellschafts-, Geschäfts- und Investitionsklimas begleitet werden...

[Fortsetzung](#)

Wirtschaftliche Prognosen des IWF für Spanien



Der IWF hat am 8. Juni seine Wachstumsprognosen für die spanische Wirtschaft verkündet, die nunmehr bei 3,1% in diesem und bei 2,5% im nächsten Jahr liegen, im Vergleich zu 2,5% und 2% im letzten April.

Der Anstieg der wirtschaftlichen Aktivitäten im Land lässt sich vorrangig auf den Rückgang des Erdölpreises, die Schwäche des Euro und die expansive Geldpolitik der EZB zurückführen. Der Aufschwung bleibt jedoch fragil und strukturelle Reformen notwendig, die laut IWF auf drei Säulen beruhen sollten: der Förderung langfristigen Wachstums, der Senkung des privaten Schuldenstands und einem vertrauensfördernden Fiskalklima... [Fortsetzung](#)

Griechenland: keine Übereinkunft nach Verhandlungen in Brüssel



Die Verhandlungen zwischen Athen und seinen Kreditgebern in Brüssel wurden am 14. Juni ohne Einigung ausgesetzt. Vor dem Treffen der Eurogruppe am 18. Juni wird es demnach keine weitere Zusammenkunft geben. Am 30. Juni wird Griechenland eine Rückzahlung von 1,6 Mrd. Euro an den IWF durchführen müssen und benötigt dafür die Überweisung der gesamten Rate oder eines Teils der 7,2 Mrd. Euro, die ihm aus dem zweiten Hilfsprogramm noch zustünden. Obwohl der IWF am 11. Juni bekanntgab seine Verhandlungsteams aus Brüssel aufgrund von "großen Divergenzen" zwischen Athen und seinen Kreditgebern abzuziehen, weigert sich die griechische Regierung weiterhin kleine Renten zu kürzen und eine Mehrwertsteuer von 23% auf Elektrizität zu erheben, wie dies die Kreditgeber fordern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EU-EZB-IWF: Zweiter Kontrollbesuch in Portugal



Trotz der allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage in Portugal, ließ die Troika (EU-EZB-IWF) am 12. Juni im Anschluss an ihren zweiten Kontrollbesuch verlauten, dass das Land seine Anstrengungen zur Reduktion des Haushaltsdefizits fortsetzen solle. "Der ökonomische Aufschwung wird noch immer von makroökonomischen Ungleichgewichten bedroht, (...) die Anstrengungen zur Verringerung des strukturellen Haushaltsdefizits sollten deshalb fortgesetzt werden", so Kommission und EZB. "Es gibt das Risiko, dass das Ziel einer Neuverschuldung von 2,7% des BIP nicht ohne eine weitere Reduktion der Ausgaben erreicht werden kann", fügte der IWF hinzu... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäischer Rat :

Annahme eines Kompromissvorschlags zum Investitionsplan



Der Rat hat am 9. Juni einen Kompromissvorschlag zum Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) angenommen, dem zentralen Baustein des Investitionsplans über 315 Mrd. Euro der Europäischen Kommission. Die Übereinkunft präzisiert Anforderungen an die unterstützten Projekte, die Lebensdauer des Fonds, seine Finanzierung und

institutionelle Ausgestaltung. Der Vorschlag wurde am 27. und 28. Mai im Rahmen eines Trilogs mit dem Europäischen Parlament ausgearbeitet, wohingegen eine endgültige Zustimmung zu den Vereinbarungen erst am 4. Juni erzielt werden konnte. Das Regelwerk zum EFSI wird nunmehr am 24. Juni dem Europäischen Parlament zur Plenarabstimmung vorgelegt, gleichwohl muss auch der Rat noch dem Gesetz zustimmen. Die endgültige Annahme der Vereinbarung ist für Ende Juni geplant, was ein Inkraftsetzen der Gesetzgebung Anfang Juli und eine Finanzierung erster Investitionsprojekte durch den EFSI Mitte September ermöglichen würde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Neuerliche Untersuchung gegen Amazon

 Die Europäische Kommission hat am 11. Juni eine neue Untersuchung gegen Amazon eröffnet, das sich ohnehin schon in Schwierigkeiten wegen seiner Steuervermeidungspraktiken in Luxemburg befindet und nun auch noch des Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung bei digitalen Büchern verdächtigt wird. Die Kommission fürchtet, dass bestimmte mit Verlegern getroffene Vereinbarungen Wettbewerber benachteiligen und werfen Amazon, dank seines E-Book-Readers "Kindle" weltgrößter Vertreiber digitaler Bücher, einen Missbrauch seiner dominanten Stellung vor. Im Detail verpflichten die Vereinbarungen Verlage dazu, Amazon stets darüber in Kenntnis zu setzen, falls sie Wettbewerbern bessere oder andere Bedingungen anbieten und Amazon dieselben oder mindestens gleichwertige Konditionen zu gewähren... [Fortsetzung](#)

Die Slowakei trägt 400 Mio. Euro zum EU-Investitionsplan bei



Die Slowakei gab am 15. Juni bekannt, dass sie 400 Mio. Euro für aus dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) finanzierte Projekte bereitstellen wird. Der EFSI ist der zentrale Baustein des EU-Investitionsplans und soll letztlich 315 Mrd. Euro umfassen. Nach Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Polen ist die Slowakei das siebte Land, das einen finanziellen Beitrag zu dem Plan leisten wird... [Fortsetzung](#)

Auf dem Weg zu einer stärkeren Integration des Energiemarktes



Die Kommission und die Länder des Baltikums haben am 8. Juni eine Vereinbarung zur Modernisierung und vertieften Integration der baltischen Strommärkte getroffen. Gleichzeitig haben 12 europäische Staaten eine regionale Kooperationserklärung zur Energieversorgungssicherheit im Binnenmarkt unterzeichnet. Auf die Unterzeichnung folgte eine politische Erklärung des Pentalateralen Energieforums, eines regionalen Kooperationsrahmens für Mittel- und Osteuropa. Die Vereinbarung sowie die beiden Erklärungen stehen in Zusammenhang mit der Umsetzung eines europäischen Energiebinnenmarktes und sollen sowohl eine tiefere Integration des einheitlichen Marktes als auch eine Freisetzung der Potenziale erneuerbarer Energien in der europäischen Energieversorgung mit sich bringen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau



Eine vom Europäischen Parlament am 9. Juni angenommene Entschließung fordert die Europäische Union dazu auf, sich bei ihrer Strategie zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau klare und konkrete Ziele zu setzen. Die Abgeordneten forderten dabei spezielle Maßnahmen für Migrantinnen und Frauen mit Migrationshintergrund. Das Parlament drängte des Weiteren auf die Notwendigkeit zur Bekämpfung neuer Formen der Gewalt gegen Frauen wie etwa Cyber-Mobbing... [Fortsetzung](#)

Fürchtet die Wirtschaft die Transparenz?



Der Sonderausschuss Steuervermeidung des Europäischen Parlaments bedauert die mangelnde Kooperationsbereitschaft multinationaler Unternehmen. Er hat sich dementsprechend am 9. Juni dazu entschlossen, eine Liste derjenigen Unternehmen zu veröffentlichen, die eine Einladung des Parlaments zur Auskunft dankend abgelehnt haben. Zu denjenigen Unternehmen, die sich bislang weigerten die Fragen der Europaabgeordneten in Bezug auf Strategien der Steuervermeidung zu beantworten zählen McDonald's, Google, Ikea, HSBC, Amazon. Total hingegen wird am 23. Juni vor dem Ausschuss erscheinen... [Fortsetzung](#)

Europaabgeordnete fordern eine Stärkung des Urheberrechts



Die Abgeordneten des Europaparlaments haben die Kommission am 9. Juni dazu aufgefordert, das Urheberrecht in Europa stärker zu schützen. Ihnen zufolge stellen der Anstieg der organisierten Kriminalität und das gehäufte Auftreten von Urheberrechtsverletzungen eine Gefahr für die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft dar, die so fundamental für das Wachstum in Europa ist. Sie betonten dabei die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Nachahmungen physischer Art und digitalen Urheberrechtsverletzungen... [Fortsetzung](#)

Europaabgeordnete verurteilen ungarische Einlassungen zu Todesstrafe und Immigration



Mit einer Mehrheit von 362 Stimmen, gegen 247 Stimmen und 88 Enthaltungen, forderte das Europäische Parlament am 10. Juni die Kommission dazu auf, Ungarn aufgrund der Einlassungen seines Regierungschefs Viktor Orban in Bezug auf Todesstrafe und Immigration "unter Beobachtung" zu stellen. Die Abschaffung der Todesstrafe ist in der Grundrechtecharta der Europäischen Union verankert. Die Abgeordneten bedauern eine "systematische Gefahr für den Rechtsstaat" in Ungarn, die die Erlassung von Sanktionen gemäß Artikel 7 des Vertrages über die Europäische Union legitimieren könnte, der eine Aussetzung der Stimmrechte im Rat vorsieht. Sie "verurteilen" des Weiteren die von der Regierung angestoßene öffentliche Konsultation zur Immigration, im Rahmen derer die Ankunft von Ausländern in den Kontext von Gefahren für ungarische Arbeitsplätze und die öffentliche Sicherheit gerückt werden... [Fortsetzung](#)

Europaabgeordnete fordern eine Neubewertung der Beziehungen zu Russland



Mit einer Mehrheit von 494 gegen 135 Stimmen bei 69 Enthaltungen, hat das Europaparlament die EU am 10. Juni dazu aufgefordert, ihre Beziehungen zu Russland "kritisch neu zu bewerten". Die Parlamentsresolution folgt auf die "Aggression" Russlands gegenüber der Ukraine und die Einmischungen Russlands in die europäische Politik (insbesondere in Bezug auf die Finanzierung radikaler und extremistischer Parteien in Europa). Die Europäische Union solle demnach einen nicht-militärischen Notfallplan ausarbeiten, um gegen die Aggressionspolitik Moskaus und gegen die russische Propaganda vorzugehen. Die Abgeordneten fordern einen Unterzeichnungsstopp für weitere bilaterale Abkommen mit Russland, die die Einigkeit der Europäischen Union beschädigen könnten, und verurteilten die "willkürliche" schwarze Liste Russlands, die 89 Europäern die Einreise ins Land verwehrt... [Fortsetzung](#)

Verschiebung von Abstimmung und Debatte zur TTIP-Resolution im Europaparlament



Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, hat am 9. Juni auf Grundlage von Artikel 175 der Parlamentsordnung beschlossen, die Abstimmung über die Resolution des Parlaments zu TTIP, die am 10. Juni stattfinden sollte, zu verschieben. Daraufhin haben die Abgeordneten ihrerseits auf Basis von Artikel 152 derselben Ordnung beschlossen, die Debatte, die zu dieser Resolution hätte geführt werden sollen, zu verschieben... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Erste Schlussfolgerungen des Rates für Justiz



Die 28 EU-Justizminister sind am 15. Juni zusammengekommen und haben eine Einigung zur Datenschutzverordnung erzielt, die es ihnen erlaubt nun in Verhandlungen mit dem Parlament einzutreten. Ein Trilog zwischen Rat und Parlament wird dementsprechend am 24. Juni stattfinden. Sie haben außerdem eine generelle Orientierung zu einem Rechtsetzungsvorhaben zur Förderung des freien Verkehrs von Bürgern und Wirtschaftsvertretern, das die administrativen Verfahren in dieser Frage vereinfachen soll, angenommen. Die Minister haben des Weiteren ihre Unterstützung für die ersten 16 Artikel des Verordnungsentwurfs zur Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft zum Ausdruck gebracht. Zu guter Letzt haben die Minister einzelne Mitgliedstaaten dazu ermächtigt, dem Beitritt Andorras und Singapurs zum Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführungen (1980) zuzustimmen... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates für Umwelt



Die 28 EU-Umweltminister haben am 15. Juni eine Grundlagendebatte zum Richtlinienvorhaben zur Reduktion des Ausstoßes bestimmter atmosphärischer Schadstoffe geführt. Die Debatte steht im Kontext mit dem Programm "Reine Luft für Europa", das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die mit der Luftverschmutzung einhergehenden Gesundheitsrisiken zu bekämpfen. Die Debatte sollte ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Position aller Mitgliedstaaten sein. Des Weiteren haben die Minister den Fortschrittsbericht zu den Verhandlungen im Vorfeld des Pariser Klimagipfels COP21 im Dezember in Paris zur Kenntnis genommen. Sie haben dabei ihre Besorgnis angesichts des schleppenden Verhandlungsfortschritts zum Ausdruck gebracht und diejenigen Mitgliedstaaten zur Mitteilung ihrer nationalen Beiträge zum Klimaschutz aufgefordert, die dem bislang noch nicht nachgekommen sind. Die Schlussfolgerungen des Rates zu den internationalen Klimaschutzverhandlungen sollen am 18. September 2015 beschlossen werden... [Fortsetzung](#)

Auf dem Weg zu einer Reform des Systems des Europäischen Markenamts



Der Rat hat am 10. Juni einen Kompromissvorschlag zur Reform des Systems des Europäischen Markenamts angenommen. Die Reform zielt darauf ab, die Innovationskraft europäischer Unternehmen zu stärken und sie gleichzeitig vor Nachahmung zu schützen. Des Weiteren soll sie das System zur Eintragung von Marken leichter zugänglich für Unternehmen und effektiver machen. Der Kompromissvorschlag muss nun vom Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments angenommen werden, um danach wiederum in erster Lesung vom Rat beschlossen zu werden. Sobald die Position des Rates beschlossen ist, wird der Vorschlag dem Plenum des Parlaments in zweiter Lesung zur Abstimmung vorgelegt... [Fortsetzung](#)

Erstes Ministertreffen der Östlichen Partnerschaft zur digitalen Wirtschaft



Das erste Ministertreffen der Östlichen Partnerschaft zur digitalen Wirtschaft, das von der lettischen Ratspräsidentschaft in Kooperation mit der Europäischen Kommission organisiert wurde, hat am 11. Juni in Luxemburg stattgefunden. Die Teilnehmer haben dabei ihr gemeinsames Eintreten für eine Stärkung der digitalen Wirtschaft bekräftigt, die sie als essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung, für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen erachten. Zu den behandelten Themenfeldern zählten Online-Tools für die öffentliche Verwaltung (im Gesundheitssystem, in der Zollerhebung), E-Commerce-Lösungen für kleine und mittlere Unternehmen, Cybersicherheit und E-Logistik... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates für Verkehr und Telekommunikation



Die 28 europäischen für Verkehr und Telekommunikation zuständigen Minister haben sich am 11. und 12. Juni auf neue technische Anforderungen an Boote in Binnengewässern geeinigt, die die vorhandenen Vorgaben angleichen sollen. Sie haben die Fortschritte bei den im Rahmen des 4. "Eisenbahnpakets" geplanten Regulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen zur Kenntnis genommen und sich über die derzeitigen Verhandlungen zu den europäischen Passagierrechten ausgetauscht. Die lettische Präsidentschaft hat des Weiteren einen Fortschrittsbericht zum einheitlichen Markt für Telekommunikation und Digitales abgegeben. Die Minister haben ein gemeinsames Programm in Bezug auf Interoperabilitätslösungen für öffentliche Verwaltungen, Bürger und Unternehmen (ISA2) sowie Schlussfolgerungen zur Funktionsmanagementübertragung der IANA beschlossen. Zu guter Letzt haben sie die Fortschritte bei den Vorschlägen zur Zugangserleichterung zu bestimmten Webseiten zur Kenntnis genommen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Gipfel zwischen der EU und Mexiko



Am 12. Juni hat ein Gipfel zwischen der EU und Mexiko stattgefunden. Die beiden Partner haben die Gelegenheit genutzt und ihre bilaterale Kooperation verstärkt, um sich gemeinsamen Problemen und Aufgaben zu stellen. Dabei wurden Verhandlungen zur Modernisierung der bilateralen Verträge aufgenommen. Demnach streben die beiden Partner eine Vertiefung ihrer Beziehungen in den Bereichen Energiesicherheit, Forschung, Bildung, Kampf gegen den Drogenhandel, humanitäre Hilfe und internationale Migration an...

[Fortsetzung](#)

Gipfel zwischen EU und CELAC



Am 10. und 11. Juni fand in Brüssel ein Gipfel zwischen der EU und CELAC (Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten) statt. Die beiden Partner haben die Gelegenheit genutzt, um ihre Kooperation zu verstärken und ihre Partnerschaft zu vertiefen. Sie haben dabei ihren Willen zur Einhaltung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen bekräftigt. Die Europäische Union gab darüber hinaus finanzielle Unterstützung für die Entwaffnung der kolumbianischen Guerillas im Falle des Abschlusses eines Friedensvertrags bekannt. Die EU setzt des Weiteren Hoffnungen in eine "Modernisierung" ihres Verhältnisses zu Kuba. Sie hat außerdem ein Abkommen unterzeichnet, das Schengen-Kurzzeitvisa für peruanische und kolumbische Staatsangehörige überflüssig machen wird. In Bezug auf Klimapolitik wurden Fortschritte bei multilateralen Verträgen erzielt. Die Europäische Union hat darüber hinaus die Freigabe von 118 Mio. Euro an Fördermitteln für Unternehmen bekanntgegeben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen zwischen der EU und den Staaten der Karibik



Die Staats- und Regierungschefs des Karibischen Forums (CARIFORUM) sind am 11. Juni im Rahmen des EU-CELAC-Gipfels in Brüssel mit Donald Tusk, dem Präsidenten des Europäischen Rates, und Frederica Mogherini, der Hohen Repräsentantin der Europäischen Union, zusammengekommen. Das Treffen war als Gelegenheit gedacht, das im November 2012 geschlossene Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und der Karibik zu diskutieren. Die EU und CARIFORUM haben dabei ein regionales Kooperationsprogramm in Höhe von 346 Mio. Euro vereinbart, das der regionalen Integration, der Entwicklung von erneuerbaren Energien und der Stärkung der Sicherheitspolitik gewidmet sein soll. Das Programm ist Teil eines Hilfsplans in Höhe von 1 Mrd. Euro, den die EU der Karibik im Rahmen ihres Haushaltsplans zwischen 2014 und 2020 bereitstellt... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Philae ist aufgewacht



Nach sieben Monaten Winterschlaf, versteckt irgendwo auf der Oberfläche des Kometen 67P/Churyumov-Gerasimenko, ist Philae, der Lander der Mission Rosetta, am 13. Juni wieder aufgewacht. Kurze Signale konnten empfangen werden, die zeigen, dass der kleine Roboter wieder genügend Energie hat, um seine Daten zu übermitteln. Jean-Yves Le Gall, Präsident des CNES, erklärte: "Wir konnten während zweier Minuten Signale von Philae empfangen, ebenso wie Daten für 40 Sekunden." Das Erwachen Philaes lässt sich auf die Umlaufbahn des Kometen zurückführen, der sich derzeit der Sonne nähert und so die Solarzellen des Roboters wieder zur Energiegewinnung befähigt... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

51. Luftfahrtmesse in Bourget



Die 51. Luftfahrtmesse in Bourget wird dieses Jahr von 15. bis 21. Juni stattfinden. Alle großen Luftfahrtunternehmen werden auf der Messe vertreten sein, um ihre neuesten Innovationen zu präsentieren. Beinahe 120 zivile und militärische Luftfahrzeuge, darunter die innovativsten und spektakulärsten der Welt, werden in Bourget präsentiert, ein guter Teil davon bei Flugvorführungen. An den Tagen vom 15. bis 18. Juni richtet sich die Messe an ein Fachpublikum, ab dem 19. Juni auch an die breitere Öffentlichkeit... [Fortsetzung](#)

Italien :

Matteo Renzi droht mit einem Plan B



Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi hat am 14. Juni bestätigt, dass sein Land einen "Plan B" zum Einsatz bringen werde, falls sich die Solidarität innerhalb der EU gegenüber Italien nicht bessere. Renzis Aussagen stehen im Kontext anhaltender Spannungen zwischen Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten haben, sich auf einen Kommissionsplan zur Verteilung von 24.000 Flüchtlingen untereinander zu verständigen. Matteo Renzi wird sich in der Migrationsfrage mit dem französischen Präsidenten François Hollande und dem britischen Ministerpräsidenten David Cameron während ihrer jeweiligen Besuche in Mailand in dieser Woche, sowie mit dem Präsidenten der Kommission

Jean-Claude Juncker und Kanzlerin Angela Merkel beraten. Beim Europäischen Rat am 25. und 26. Juni wird die Flüchtlingsfrage ebenso auf der Tagesordnung stehen...

[Fortsetzung](#)

Polen :

Rücktritt mehrerer Minister in Polen



Der polnische Abhörskandal kommt erneut in Gang und verursacht ein veritables politisches Erdbeben. Ministerpräsidentin Ewa Kopacz hat am 10. Juni den Rücktritt von sechs Ministern, Staatssekretären und des Parlamentspräsidenten Radoslaw Sikorski bekanntgegeben, die allesamt im Rahmen einer aufsehenerregenden Affäre um illegal abgehörte Gespräche belastet wurden. Am Ende einer Pressekonferenz bat Ewa Kopacz die polnische Bevölkerung um "Verzeihung". Eine Reise nach Brüssel sagte sie ab. Das Land befindet sich im Auge eines politischen Sturms, seitdem der politische Aktivist und Geschäftsmann Zbigniew Stonoga zwei Tage zuvor den gesamten Rechtsakt der unwissentlichen Abhörmaßnahmen verschiedener der Regierungspartei angehörender und nahestehender Persönlichkeiten auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht hatte... [Fortsetzung](#)

Besuch der polnischen Ministerpräsidentin im Vatikan



Die polnische Ministerpräsidentin Ewa Kopacz wurde am 12. Juni von Papst Franziskus zu einer Audienz im Vatikan empfangen. Während des Besuchs haben sich die beiden über die Modalitäten des anstehenden Besuchs des Papstes in Polen anlässlich des Katholischen Weltjugendtags, der im Juli 2016 in Krakau stattfinden wird, unterhalten. Außerdem berieten sie sich über die Rolle der katholischen Kirche in Polen, zu ethischen Fragestellungen sowie zu internationalen Herausforderungen und insbesondere die russisch-ukrainische Krise... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Victor Ponta von rumänischer Anti-Korruptions-Agentur der Korruption beschuldigt



Das rumänische Parlament hat am 9. Juni mit 231 gegen 120 Stimmen einen Antrag zur Aufhebung der Immunität des der Korruption bezichtigten Ministerpräsidenten Victor Ponta abgelehnt. Zuvor hatte die rumänische Anti-Korruptionsbehörde (DNA) die Einleitung einer Untersuchung gegen den Regierungschef gefordert, der der Steuerhinterziehung und der Geldwäsche während seiner Zeit als Anwalt zwischen 2007 und 2011 verdächtigt wird. Präsident Klaus Iohannis, der im Jahr 2014 den Kampf gegen die Korruption zum zentralen Thema seiner Wahlkampagne gemacht hatte, forderte den Rücktritt des Regierungschefs und bezeichnete die Entscheidung des Parlaments als unverantwortlich, insbesondere da Ponta während seiner Amtszeit nicht strafrechtlich belangt und vom Präsidenten nicht abgesetzt werden kann...

[Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Parlamentsdebatte über das britische Referendum zum Verbleib in der EU



Ein deutliche Mehrheit (544 zu 53) der britischen Parlamentsabgeordneten hat am 9. Juni für ein Gesetzesvorhaben zur Abhaltung eines Referendums über den Verbleib des Landes in der EU gestimmt und somit einen Änderungsantrag der schottischen Nationalisten (SNP) abgelehnt, der das Vorhaben hätte stoppen sollen. Die endgültige Annahme des Gesetzgebungsvorhabens, das sowohl von Tory- als auch Labour-Abgeordneten befürwortet wurde und noch in zweiter Lesung die beiden Kammern passieren muss, dürfte außer Zweifel stehen, obwohl die Debatte einmal mehr Konfliktlinien innerhalb der konservativen Partei aufzeigte. Nach der Annahme des Gesetzes wird insbesondere die Frage nach dem Zeitpunkt der Volksabstimmung im Mittelpunkt stehen. Dieser hängt vor allem von den Verhandlungen zwischen David Cameron und seinen europäischen Amtskollegen ab, im Rahmen derer der britische Premier die Rückübertragung eines großen Teils von EU-Kompetenzen anstrebt... [Fortsetzung](#)

Rede des britischen Finanzministers



In seiner jährlichen Rede im Mansion House am 10. Juni ließ der britische Finanzminister George Osborne durchblicken, dass seine Regierung die Einführung einer "goldenen Regel" erwäge, die künftige Regierungen daran binden würde, während normalconjunkturer

Phasen einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften. Nur wenige Länder haben sich bislang an der Einführung einer solchen Regel versucht. Des Weiteren hat er die Pläne seiner Regierungen für Privatisierungen konkretisiert, insbesondere die Art und Weise, auf welche sie ihre Anteile an der Royal Bank of Scotland zu veräußern gedenkt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kanada :

Besuch des kanadischen Ministerpräsidenten Stephen Harper in Europa



Der kanadische Premierminister Stephen Harper hat von 6. bis 11. Juni Europa besucht und ist dabei in die Ukraine, nach Polen und nach Italien gereist. Bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko hat er diesem die Unterstützung Kanadas gegen die russische Aggression sowie bei den wirtschaftlichen Reformen im Land zugesagt. In Polen hat er Premierministerin Ewa Kopacz, den Präsidenten Bronisław Komorowski sowie seinen gewählten Nachfolger Andrzej Duda getroffen und die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder zur Stärkung der bilateralen Verteidigungskooperation angekündigt. In Rom wiederum traf er sich mit Matteo Renzi, mit dem er die bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen diskutierte. Zu guter Letzt hatte er eine Audienz bei Papst Franziskus, mit dem er die Notwendigkeit der Verteidigung der Interessen von Christen und religiösen Minderheiten im Nahen Osten, im Osten der Ukraine, auf der Krim und in Afrika diskutierte und die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit bei der Verteidigung der Religionsfreiheit in der Welt betonte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Russland :

Wladimir Putin zu Besuch in Italien und im Vatikan



Aus Anlass des russischen Tags bei der Mailänder Weltausstellung hat der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi am 10. Juni den russischen Präsidenten Wladimir Putin empfangen. Die zentralen Themen ihres Gesprächs waren die Ukraine-Krise, die russisch-italienischen Beziehungen sowie der internationale Terrorismus. In Rom unterhielt sich Putin mit dem Präsidenten der Republik Sergio Mattarella sowie mit Papst Franziskus, der während einer privaten Unterredung im Vatikan eine große Anstrengung Russlands für den Frieden in der Ukraine und im Nahen Osten einforderte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Türkei :

Rücktritt der türkischen Regierung



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat am 9. Juni, im Anschluss an die Ergebnisse der Parlamentswahlen zwei Tage zuvor, den Rücktritt der Regierung von Ahmet Davutoglu angenommen. Die Formierung einer Koalition zwischen der AKP und der Opposition wird wohl zum Geduldsspiel werden, da alle drei Oppositionsparteien für den Moment jegliche Assoziierung mit der AKP ausschließen... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Die Ukraine darf sich nicht an den Reserven ihrer Zentralbank bedienen, um Privatgläubiger zu bedienen



Wie Christine Lagarde, die Generaldirektorin des IWF, am 12. Juni mitteilte, darf die Ukraine nicht auf die Reserven ihrer Zentralbank zurückgreifen, um private Gläubiger im Rahmen der Verhandlungen über eine Umschuldung des Landes auszus zahlen. Laut Lagarde muss die Ukraine signifikante Währungsreserven zurückhalten, um den Erfolg ihres wirtschaftlichen Reformprogrammes nicht zu gefährden. "In diesem Sinne können die Reserven der ukrainischen Zentralbank nicht zur Bedienung externer Schulden herangezogen werden, ohne dass die Regierung neue Schulden aufnimmt, was wiederum mit dem Erfolg des Reformprogramms unvereinbar wäre.".. [Fortsetzung](#)

UNO :

UNHCR: Im Jahr 2015 sind bereits 103.000 Migranten über das Mittelmeer nach Europa gekommen

Laut Informationen, die das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen am 9. Juni veröffentlichte, sind im Jahr 2015 bereits 103.000 Flüchtlinge und Migranten über das Mittelmeer nach Europa gelangt, die meisten



davon nach Italien und Griechenland (54.000 und 48.000). Diese Zahl schließt die etwa 6.000 Flüchtlinge mit ein, die am Wochenende des 6. und 7. Juni im Rahmen einer großen Seenotrettungsmaßnahme in Süditalien in Sicherheit gebracht wurden. Die Aktion wurde von der italienischen Küstenwache koordiniert und von Frontex-Marineschiffen aus Italien, Deutschland, Großbritannien, Irland, Spanien und von MOAS (Migrant Offshore Aid Station) unterstützt... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Wirtschaft in EU und Eurozone wächst um 0,4% im ersten Trimester 2015



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowohl der EU als auch der Eurozone ist im Laufe des ersten Trimesters 2015 um 0,4% gestiegen. Laut den am 9. Juni veröffentlichten Zahlen des europäischen Statistikbüros Eurostat ist dies insbesondere auf den Konsum der Privathaushalte zurückzuführen. Eurostat betont, dass das Wachstum in EU und Eurozone bereits im dritten Trimester 2014 bei 0,4% gelegen hatte... [Fortsetzung](#)

Internationaler Handelsüberschuss der EU und der Eurozone



Laut der von Eurostat am 15. Juni veröffentlichten Zahlen ist der Wert der von der Eurozone in den Rest der Welt exportierten Güter im April auf 173,6 Mrd. Euro angestiegen und liegt damit 9% höher als noch im Vorjahresmonat. Gleichzeitig sind auch die Importe um 3% auf einen Wert von 148,7 Mrd. Euro gestiegen. Als Konsequenz hat die Eurozone im April 2015 einen Handelsüberschuss von 24,9 Mrd. Euro ausgewiesen. In der gesamten EU sind die Exporte in den Rest der Welt auf 155,4 Mrd. Euro gestiegen, was einer Steigerung von 12% entspricht. Die Importe liegen nun bei 143,2 Mrd. Euro, ein Plus von 4%. Der Handelsüberschuss der gesamten EU im April 2015 lag somit bei 12,2 Mrd. Euro... [Fortsetzung](#)

Struktur des öffentlichen Schuldenstands der Mitgliedsländer im Jahr 2014



Eine von Eurostat am 10. Juni veröffentlichte Studie verdeutlicht, dass die öffentlichen Schulden im Großteil der EU-Mitgliedsländer vor allem von ausländischen Investoren gehalten werden. Dies gilt für 81% der finnischen öffentlichen Schulden, jedoch nur für 2% der luxemburgischen. Andererseits sind lange Laufzeiten staatlicher Schulden am weitesten verbreitet. In Schweden haben 29% der öffentlichen Schulden eine Laufzeit von weniger als einem Jahr. Auch Bulgarien (21%), Italien (15%), Ungarn (14%), Portugal (13%) und Frankreich (12%) weisen Anteile von öffentlichen Schulden kurzer Laufzeit zu mehr als 10% aus, ganz im Gegensatz zu Polen, Estland und der Slowakei, die quasi ausnahmslos öffentliche Schulden mit langer Laufzeit halten... [Fortsetzung](#)

CELAC ist der fünftgrößte Handelspartner der EU



Laut einer am 9. Juni von Eurostat veröffentlichten Studie, ist der Handelsüberschuss der 28 Mitgliedstaaten der EU mit den 33 Ländern Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) im Jahr 2014 auf 12 Mrd. Euro angestiegen. Die Güterimporte aus CELAC-Staaten betrugen dabei 98,6 Mrd. Euro, während die EU-Exporte einen Wert von 110,6 Mrd. Euro erreichten. Zusammengefasst waren die CELAC-Staaten der fünftgrößte Handelspartner der EU in 2014, nach den Vereinigten Staaten, China, Russland und der Schweiz... [Fortsetzung](#)

Die Vereinigten Staaten sind der größte Handelspartner der EU im Dienstleistungssektor



Eine am 11. Juni veröffentlichte Eurostat-Studie verdeutlicht, dass beinahe ein Drittel des EU-Handels mit Dienstleistungen mit den Vereinigten Staaten vonstatten geht, bei einem Gesamtüberschuss der EU von 151 Mrd. Euro. Im Verlauf der letzten fünf Jahre ist die Menge der von der EU in den Rest der Welt exportierten Dienstleistungen um 29% gestiegen und erreichte im Jahr 2014 einen Wert von 734,8 Mrd. Euro. Die Dienstleistungsimporte wiederum sind nur wenig langsamer um 27% gewachsen. Transporte und Reisen umfassen knapp ein Drittel der Dienstleistungsexporte der EU. Während die USA der vorrangige Handelspartner der EU im Dienstleistungsbereich sind, waren auch andere Partner wie

die Schweiz, China, Russland, Japan, Kanada, Indien, Brasilien und Hongkong von besonderer Bedeutung... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Andare insieme, andare lontano: Buch von Enrico Letta



Enrico Letta, ehemaliger Präsident der italienischen Regierung, hat "Andare insieme, andare lontano" ("Gemeinsam gehen, weit gehen") bei Edition Mondadori veröffentlicht. Überzeugt von der Notwendigkeit den Geist der Gründerväter wiederzubeleben und den Traum eines geeinten Europas zu verwirklichen, erzählt der Autor darin die Geschichte Italiens und Europas.

Italien brauche demnach eine kollektive Kraftanstrengung, um seine eigenen Schwächen, vor allem die Arbeitslosigkeit, zu überwinden... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Kunstaussstellung Art Basel



Art Basel, die weltgrößte jährliche Ausstellung für moderne und zeitgenössische Kunst, findet in diesem Jahr vom 18. bis 21. Juni statt. Sie vereint alle künstlerischen Ausdrucksformen, von Skulpturen, über Gemälde, Zeichnungen, Fotografien und Videos bis hin zu Installationen. 300 der größten Kunstgalerien der Welt, von Nordamerika bis Asien, stellen dort ihre Werke aus... [Fortsetzung](#)

Fête de la musique



Am 21. Juni findet die Fête de la musique statt. Auf dem Programm der diesjährigen 34. Ausgabe des Musikfestivals, die der Thematik "Zusammen Musik Leben" folgt, stehen mehrere tausend Konzerte von Professionellen und Laien. In Frankreich im Jahr 1982 entstanden, findet die Fête de la musique heute in mehr als hundert Ländern in allen fünf Erdteilen statt, und dies stets am 21. Juni... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Festival Hampton Court Palace



Das Festival Hampton Court findet am 23. Juni im Tudor Courtyard statt. In diesem Jahr begrüßt das Festival Künstler wie Jools Holland, Burt Bacharach oder auch Alfie Boe und besticht durch die Annehmlichkeiten seines Veranstaltungsortes, der es den Besuchern ermöglicht die Konzertpausen für eigene Aktivitäten, etwa in den East Front Gardens, zu nutzen... [Fortsetzung](#)

Anish Kapoor stellt in Versailles aus



Bis zum 1. November beherbergen die Gärten des Schlosses von Versailles eine Ausstellung zeitgenössischer Kunst des Briten Anish Kapoor. Um verschiedene Dualitäten – Himmel und Erde, Außen und Innen, Schatten und Licht – zu verdeutlichen, ist die Wahl auf Kapoor gefallen, für den Kunstwerke nur in den Augen ihrer Betrachter existieren. So soll ein Universum des Imaginären und Fragilen entworfen werden, das im Gegensatz zur Gebändigten und eingehegten Wirklichkeit des Schlosses und seiner Gärten steht... [Fortsetzung](#)

Agenda :



15. Juni
Luxemburg
Rat "Umwelt"



15. und 16. Juni
Luxemburg
Rat "Justiz / Innere Angelegenheiten"

16
Jun

16. Juni
Luxemburg
Rat für Landwirtschaft und Fischerei

18
Jun

18. Juni
Luxemburg
Treffen der Eurogruppe
Dänemark
Parlamentswahlen in Dänemark

18
Jun

18. und 19. Juni
Luxemburg
Rat für Arbeit, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher

19
Jun

19. Juni
Luxemburg
Rat für Wirtschaft und Finanzen

22
Jun

22. Juni
Luxemburg
Rat für Auswärtige Angelegenheiten

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Marion Attia, Leslie Biaggi, Romain Denninger,
Noémie Rossi, Francesca Tortorella, Matthias Touillon, Antoine Villedey

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}